

Weg mit der Schuldenbremse, her mit der Millionärssteuer

Solide und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik

Die Minderheitsregierung von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen versucht seit ihrer Amtsübernahme, einige – wenn auch äußerst vorsichtige – Schritte in Richtung eines Politikwechsels zu gehen. Mit Finanzanträgen im Parlament, mit Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments, aber auch durch das Passierenlassen des ersten Haushalts der Minderheitsregierung nutzte und nutzt die Fraktion DIE LINKE NRW verschiedene Möglichkeiten der konkreten Einflussnahme auf diese Politik.

Denn wer einen Politikwechsel will, der den Menschen und der Verbesserung des Lebensumfeldes zugute kommt, kann dies nur durch deutlich höhere Ausgaben erreichen. Dies gilt insbesondere für die Städte und Gemeinden im Land, die sich bis auf wenige Ausnahmen in einer dramatischen Haushaltsschieflage befinden und deren soziale Handlungsspielräume demzufolge drastisch eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind Investitionen im sozialen Bereich und im Bildungsbereich dringend erforderlich. Der Haushalt 2011 etwa enthält eine Erhöhung der Mittel für Frauenhäuser um vier Millionen Euro, die nur auf Druck der Fraktion DIE LINKE hin zustande gekommen ist. Doch das ist noch lange nicht ausreichend, um in NRW eine bedarfsgerechte, quantitative sowie qualitative Versorgung in den Frauenhäusern sicherzustellen. Um die chronische Unterfinanzierung der Frauenhäuser, -beratungsstellen, -notrufe und anderer Projekte zu beheben ist derzeit vor allem eine Anpassung der nordrhein-westfälischen Richtlinien erforderlich – und mehr Geld.

Eine original linke Haushaltspolitik ist deshalb nicht von der fatalen Logik getragen, das Land kaputtzusparen, wie das insbesondere CDU und FDP mit ihrem Spardiktat wollen. Denn sie haben die neoliberale Schere im Kopf, statt wirksame Zukunfts-

investitionen zuzulassen, die für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sorgen würden. Generationengerechtigkeit beinhaltet gerade, eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive zu schaffen.

Ali Atalan (links) und Rüdiger Sagel (Mitte) bei einem Washtag für die „Weißen Westen“ der Banker der vor der Zerschlagung stehenden WestLB.



Gegen die so genannte Schuldenbremse hat sich als einzige Fraktion konsequent die DIE LINKE gestellt. Denn sie löst keine Finanzprobleme. Die Landesfinanzen würden damit nicht nachhaltig konsolidiert, es handelt sich vielmehr um ein Manöver, das populistisch Sparsamkeit suggeriert und letztlich Sozialkürzungen rechtfertigen soll.

DIE LINKE tritt nicht grundsätzlich für eine höhere Neuverschuldung ein, sondern vielmehr für eine Erhöhung der Einnahmen durch mehr Steuergerechtigkeit: Wir brauchen und wollen höhere Ausgaben und dafür auch höhere Einnahmen. Entsprechend haben wir zahlreiche Anträge gestellt, wie zum Beispiel für eine höhere Spitzen- und Erbschaftssteuer und eine Millionärssteuer, die aber mit den anderen Parteien bisher nicht zu realisieren waren. Durchgesetzt hat die Fraktion aber immerhin, dass 200 zusätzliche Steuer- und Betriebsprüfer/-innen in NRW eingestellt

**AUF EIN
WORT**

Anna Conrads

Duisburg

Sprecherin für Inneres,
Justiz, Demokratie,
Recht, Antifaschismus



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... zu bemerken, dass ich manchmal auch vom Parlament aus Kleineres bewirken kann, das für die Betroffenen sehr groß ist: Ein Offener Brief gegen eine Abschiebung, eine Kleine Anfrage für Datenschutzorganisationen, eine Betroffene in einer Anhörung zu Wort kommen lassen ...

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... im NRW-Landtag noch immer der Wind des Kalten Krieges durch die Gänge fegt, CDU und FDP noch immer darin verhaftet sind und ich deshalb auch als CDU-Redenschreiberin anfangen könnte. Man weiß vorher immer, welche ideologischen – und langweiligen – Phrasen von ihnen kommen.

Links wirkt, weil ...

... wir in einigen Bereichen die Landesregierung durch gute Themensetzung tatsächlich in Zugzwang bringen. Aber: Links kann nur da wirklich wirken, wo auch eine starke Bewegung auf der Straße und vor dem Landtag steht.

wurden. Zudem wurden 100 Ausbildungsplätze geschaffen. Die frisch ausgebildeten Prüfer/-innen sollen dann ebenfalls in den Landesdienst übernommen werden. So werden auch Unternehmen und Besserverdienende stärker kontrolliert und steuerlich herangezogen.

Ebenfalls mit einem Initiativantrag haben wir eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf fünf Prozent erreicht, die insbesondere Immobiliendealern/-innen und Wohnungshaien deutlich stärker in die Tasche greift und nun jedes Jahr rund 450 Millionen Euro zusätzlich in die Landeskasse spült. Diese unsere Idee hat die Minderheitsregierung zuerst abgelehnt und dann später als ihre eigene präsentiert.

Aktuell will die Fraktion DIE LINKE NRW mit einem Wassergeld in Höhe von 27 Millionen Euro den Energieversorger RWE zur Kasse bitten. Denn die größte Grundwasser-Verschwendung in NRW entsteht bei der Förderung von Braunkohle. Rund 500 Millionen Kubikmeter Grundwasser werden durch RWE jährlich bei der Braunkohleförderung, ökologisch völlig unverträglich, abgepumpt. Bleibt abzuwarten, ob die Regierung auch diesen Vorschlag aufgreift und als ihren eigenen verkauft.

Immer wieder thematisiert hat die Fraktion DIE LINKE NRW das Milliardengrab WestLB. Rund zehn Milliarden Euro Landesmittel wurden dort im Laufe der Jahre bereits versenkt. Doch das Ausmaß der Krise bei der WestLB ist noch viel größer als öffentlich bekannt. Nun drohen Privatisierung, Zerschlagung und Aufspaltung der Landesbank. Zu den Milliardenverlusten der Bank hat das komplette Versagen der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers und Finanzminister Linsen geführt. Zu den Schrottpapieren im nominalen Wert von 23 Milliarden Euro, die bereits unter mehr als fragwürdigen Umständen nach Irland zu „Phoenix Light“ ausgelagert wurden, kamen noch weitere Papiere, sodass insgesamt nominal über 80 Milliarden Euro ausgelagert wurden. Weitere Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro sind dadurch nicht mehr ausgeschlossen. Bezahlen müssen das alles letztlich die Bürger Nordrhein-Westfalens.

Wir wollen als Fraktion DIE LINKE NRW alle Vorgänge und Verantwortlichkeiten, die zu diesem Finanzdesaster geführt haben, vollständig klären und fordern einen Untersuchungsausschuss zur vollständigen Aufklärung der Vorgänge bei der WestLB. SPD und Grüne wie auch CDU und FDP haben aber alle unsere Anträge und Vorstöße bisher abgelehnt, weil sie mit ihren jeweiligen Regierungen alle in das Desaster verstrickt sind. In diesem Zusammenhang wird auch unsere Forderung nach Haftung von Aufsichtsräten und Manager/-innen blockiert.

